

Ausgabe 2.2006

klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Anerkenntnis eines Problems

Interview mit dem Bündnis aktiver Fußballfans

Global denken

Bericht vom 4. Europäischen Sozialforum

Landesjugendtreffen

Das Programm vom 16. bis 18. Juni 2006

Seite 3

Kurzmeldungen |3

InterviewIm Gespräch mit Martin Endemann
vom Bündnis aktiver Fußballfans |4**Themen**

Warum eigentlich Mindestlohn? |6

Global denken... |7

Das Landesjugendtreffen |8

100 Tage Regionalverband Harz |10

Kontakte |11

Eine wichtige Etappe ist geschafft |12

Bildungstag zum Bildungsprozess |13

Der Christopher-Street-Day
zwischen Party und Verbot |14

Termine |15

Satire

Alfred Dittberner |15

Bildnachweis:

aboutpixel.de (Titel)
 Martin Reso (3)
 Roland Gehrman (7)
 Joachim Spaeth (10,11,12)
 Hubert Pankowski (14)

Impressum**klartext****Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt****Herausgeber:** Landesvorstand Linkspartei.PDS**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode**Auflage:** 5.800 Exemplare**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Juni 2006.
 klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Harald Schmidt zählte in seiner bekannten Late-Night-Show in der ARD nicht den Countdown zur Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 sondern lieber die verbleibenden Tage bis zur WM im Jahr 2010. Auch ein Weg, ein Thema aufzunehmen und gleichzeitig seine Dauer- und bald Omnipräsenz zu persiflieren. Im aktuellen KLARTEXT haben auch wir einen Schwerpunkt zum Fußball, aber im dieser Tage nicht breit kommunizierten Blick einer kritischen Betrachtung über das Ereignis WM hinaus. Martin Endemann vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF e.V) hat mit dem KLARTEXT über die gebrochene Leidenschaft zum Fußball durch den Abbau von Bürgerrechten, Rassismus im und um das Stadion und die Kommerzialisierung der Spiele gesprochen (Interview Seiten 4-5).

Ebenso gegen den Mainstream, dafür nah an den Problemen der Betroffenen, arbeitet die Bundestagsfraktion Die Linke. an der Kampagne zum gesetzlichen Mindestlohn und der Überwindung von Hartz IV. Denn mit dem sogenannten Fortentwicklungsgesetz zu Hartz IV, verabschiedet im Deutschen Bundestag am 1. Juni 2006, ist diese positive Überwindung mehr denn je in die Ferne gerückt (Seiten 3, 6, 16).

Die große Koalition, als lagerübergreifende Hoffnung von vielen Wählern im Herbst des letzten Jahres in Kauf genommen,

setzt weiter auf Grundrechteabbau und Repressionen gegen Arbeitslose und damit gegen uns alle. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, die letztlich barbarische Forderung – auch aus den Tiefen linker Traditionsbestände – gilt immer noch als wichtige Staatsrhetorik, um Ressentiments und Konkurrenz zwischen denen, die nicht mehr gebraucht und denen, die noch gebraucht werden, zu mobilisieren.

So hat sich das Landesjugendtreffen in diesem Jahr nicht weniger vorgenommen als das Thema „Die Zukunft der Arbeit“. So lautet der Titel der Podiumsdiskussion auf dem Treffen vom 16. bis 18. Juni 2006 im Mansfelder Land. Unter anderem sind Wulf Gallert, Edeltraud Rogée und Caren Lay aus den Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Sachsen eingeladen, mit jungen Linken über die Rolle der Arbeit im kapitalistischen Staat und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu diskutieren (Seiten 8-9). Kommen Sie doch auch vorbei, ich freue mich, wenn dem Lesen das gemeinsame Gespräch folgt.

Bis dahin grüßt Sie herzlich

Anke Lohmann**Computer für Kubas Bildung!**

Wir benötigen Ihre Hilfe, um im kubanischen Bildungswesen Computer zum Einsatz zu bringen! Lauffähige PC ab Pentium sowie andere Bürotechnik, Geräte für die Ein- und Ausgabe und zum Aufbau von Netzwerken, Ersatzteile, Zubehör und stabile Verpackungen bringen Sie am besten zu uns. Aktuell fehlt es uns vor allem an Festplatten (ab 1 GB) und funktionsfähigen VGA-Monitoren (ab 15 Zoll Bildschirmdiagonale). Für den Schutz der Geräte auf dem Transportweg brauchen wir Füllmaterial. Geeignet sind Plüschtiere oder Büromaterial. Besonders willkommen ist Papier in jeder Menge, Größe und Farbe.

Das Projekt „Computer für Kubas Bildung“ besteht seit 2005. Wir arbeiten eng mit dem Verein „Cuba si“ zusammen. Gependete Geräte werden komplettiert, für die Container-Schiffsreise nach Kuba vorbereitet und anschließend vor Ort betreut. Dort

ist man dringend auf diese Spenden angewiesen.

Unserer Gruppe gehören Computerfachleute an, neue Mitglieder jeder Qualifikation sind jederzeit herzlich willkommen. Bitte melden Sie sich beim Verein „Al-So e.V.“

Kontakt:

post@al-so.org
 Tel.: 0391 53539169
 oder 0162 9546954

Die Geräte werden entweder abgeholt oder können nach telefonischer Rücksprache auch in unserem Sammelpunkt in Magdeburg/Ost abgegeben werden. Gern nehmen wir zur Unterstützung unserer Arbeit auch Ihre Geldspende entgegen.

Al-So e.V.**Konto-Nr. 54 34 44****BLZ 810 700 24****Deutsche Bank Magdeburg**

Aktionsbündnis für Mindestlohn

Am 27. Juni 2006 wird sich das Bündnis für einen gesetzlichen Mindestlohn erneut treffen, eingeladen sind Vertreter von Gewerkschaften, Organisationen, Montagsdemonstrationen, Sozialbündnissen, Parteien, Kirchen sowie Interessierte und Engagierte. Ziel ist es, die Diskussion für einen gesetzlichen Mindestlohn in eine große Breite zu bringen und daraus bis zum Herbst einen gesellschaftlichen Druck für einen Mindestlohn zu erzielen. Deutschland ist in der Verantwortung, Sozialstandards umzusetzen, die in vielen europäischen Ländern längst gelten, so Edeltraud Rogée. Deshalb wollen wir die Kräfte und unterschiedlichen Forderungen bündeln und setzen uns für eine Untergrenze von 7,50 Euro ein.

Auf dem ersten Treffen waren sich die Vertreter der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der IG BAU, des Magdeburger Sozialforums, der Linkspartei.PDS, der WASG und die anwesenden Mitglieder des Landtages in dem Willen einig, sich ge-

meinsam für einen sozial gerechten gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. Für Jürgen Schenk, Landesbezirksleiter von ver.di, gibt es gute Gründe, sich zu vernetzen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Theorien, Niedriglöhne würden Arbeitsplätze schaffen, zerplatzt sind wie Seifenblasen.

Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS betonte: „Nur ein breites Bündnis über Partei- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg bringt die Möglichkeit mittels Mindestlohn die negative Lohnspirale zu stoppen und die Sozialsysteme zu stabilisieren“. Roland Teichmann von der WASG forderte ein volkswirtschaftliches Denken auch auf Unternehmerseite ein, denn Niedriglöhne und Armutslöhne werden die Lage nur verschlechtern.

**Bündnistreffen für Mindestlohn
am 27. Juni 2006 um 17.00 Uhr
im DGB Haus - im Saal
Otto-von-Guericke-Straße 6
39104 Magdeburg**

Ein Meilenschritt zurück...

Das Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz

Gegen die Stimmen der Oppositionsparteien hat der Bundestag am 1. Juni 2006 massive Verschärfungen für den Anspruch auf Hartz IV verabschiedet. Zukünftig soll z.B. „kein Anspruch auf Leistung bestehen, wenn sich der Leistungsberechtigte außerhalb des zeit- und orts-nahen Bereichs aufhält“. Wolfgang Neskovic (MdB, Linkspartei.PDS) spricht in diesem Zusammenhang vom Einführen einer „Stallpflicht“ für Arbeitslose. Weitere beschlossene Sanktionen sind der Verlust jeglicher Unterstützung einschließlich der Kosten für die Unterkunft für „Arbeitsunwillige“ und verstärkte Mißbrauchskontrollen beim Arbeitslosengeld II sowie die Beweislastumkehr für häusliche Lebensgemeinschaften. Zusammen mit der neuen Regelung der Ich-AG suggerieren die gesetzlichen Veränderungen wiederum, die individuelle Einstellung zur Arbeit oder „Sozialbetrug“ seien im Kern das Problem.

Die Bundestagsfraktion Die Linke. hat Stimmen aus sozialen Bewegungen, Betroffeneninitiativen, Wohlfahrtsverbän-

den und Gewerkschaften gegen diese Politik in der Broschüre „Hartz IV überwinden“ versammelt und fordert alternativ eine armutsfeste soziale Grundsicherung als Individualanspruch, die Wahrung des Menschenrechtes auf angemessenes Wohnen, die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und den Schutz vor Altersarmut sowie die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und eine auf Qualifizierung ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik.

Mehr unter:
<http://www.linksfraktion.de/service/downloads/broschueren/service/downloads/>



Neu aus Sachsen-Anhalt

Lothar Bisky wurde auf dem Bundesparteitag im April 2006 in Halle als Parteivorsitzender mit 88,5 Prozent im Amt bestätigt. In das höchste politische Organ zwischen den Tagungen des Parteitages, den Parteivorstand der Linkspartei.PDS, wurde als neue Vertreterin aus Sachsen-Anhalt Dr. Rosemarie Hein (Foto) gewählt, Jan Korte wurde wiedergewählt.



Die Bildungspolitikerin Dr. Rosemarie Hein war von 1997 bis 2005 die Landesvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt. Im neuen Parteivorstand ist sie die Ansprechpartnerin für die Arbeitsgemeinschaft (AG) Bildungspolitik und die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Zur Zeit wird im Landtag von Sachsen-Anhalt der Schulgesetzentwurf der Linkspartei.PDS vorgelegt, der maßgeblich auf ihrer Arbeit in der letzten Legislatur basiert. Jan Korte, seit 2005 Abgeordneter im Bundestag für den Wahlkreis Bernburg-Bitterfeld-Saalkreis, ist u.a. zuständig für die AG JuristInnen und die BAG Bürgerrechte und Demokratie.

Für den Jugendbereich folgt Sascha Wagener von Jugendverband [solid] der nicht wieder zur Wahl angetretenen Anja Stiedenroth aus Sachsen-Anhalt im Amt. Ihr gilt ebenso der Dank für die geleistete Arbeit im vorangegangenen Vorstand wie Katrin Kunert aus Stendal.

Alle Mitglieder des Parteivorstandes unter:
<http://sozialisten.de/partei/parteivorstand/index.htm>

■ In der Zeit vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 findet in Deutschland die FIFA-Fußballweltmeisterschaft statt. Die Meinungen über dieses sportliche Großereignis gehen in der Gesellschaft weit auseinander. KLARTEXT sprach im Vorfeld mit Martin Endemann, Sprecher im Bündnis Aktiver Fußball-Fans (www.aktive-fans.de), über seine Sicht.

Was verbirgt sich hinter dem Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF)?

Das Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF) ist ein seit 1993 bestehender vereinsübergreifender Zusammenschluss von über 200 Einzelmitgliedern und vielen Fanclubs, -initiativen und -zines. BAFF ist der weitere Teil des europäischen Netzwerks FARE (Football Against Racism in Europe). Elementares Ziel ist der Erhalt der historisch gewachsenen Fankultur als Stadion-Live-Ereignis mit hohem Unterhaltungs- und sozialem Integrationswert. Dazu gehört der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung, gegen die übertriebene Kommerzialisierung des Fußballs mit all ihren negativen Auswirkungen (Versitzplatzung, TV-Allmacht, Terminwillkür, Preiserhöhungen, ungerechte Ticketvergabe, Showprogramme usw.) und gegen die zunehmende Repression von Seiten der Polizei und der Ordnungskräfte. Die deutschlandweit organisierten und vernetzten Mitglieder versuchen vor Ort, die Ziele von BAFF durchzusetzen, sei es über Fanzines, Websites, Projekte, Fanläden, Faninitiativen, Aktionen oder den „Marsch durch die Institutionen“, also über Mitbestimmung per Mitgliedschaft und/oder Gremienarbeit im Fußballverein. Zweimal im Jahr wird ein bundesweites Treffen veranstaltet, an dem bis zu 300 Fans teilnehmen und bei dem aktuelle Themen behandelt werden. In den letzten Jahren ist es BAFF durch hervorragende Kontakte gelungen, zu einem viel gefragten Ansprechpartner für die Medien und staatliche Institutionen zu werden und die Öffentlichkeit für die Inhalte von BAFF zu sensibilisieren.

Eine Mehrheit der Deutschen freut sich auf die Weltmeisterschaft. Und Sie?

Nicht wirklich. Fast alle aktiven Fans in Deutschland stehen der WM kritisch gegenüber. Und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen. Die unfaire Ver-

„Die Anerkennung eines Problems wäre der erste Schritt“

Martin Endemann über Fußball, Bürgerrechte, Rassismus und die Fußballweltmeisterschaft

teilung der Tickets ist ja schon breit diskutiert worden, ebenso die Preispolitik, die über kurz oder lang auch zu einer Preiserhöhung in Deutschland führen wird. Auch die Repression durch die Polizei im Vorfeld der WM ist ein Grund für die Ablehnungshaltung vieler Fans.

Im Stadion, aber auch vor und nach den Spielen, gehört Polizeirepression zum Alltag. Festzustellen ist dabei, dass die Eingriffsschwelle der Polizei, je näher die

WM rückt, immer niedriger wurde. Es wird ein überzeichnetes Bild des per se „gewalttätigen Fußballfans“ gemalt und eine Sicherheitspanik geschürt, die an der Realität

völlig vorbeigeht. Viele Fans glauben, dass die WM ein Anlass ist, unter Sicherheits-Argumenten „lästige“ Fangruppen zu vergraulen und zu verdrängen. Die Praxis der letzten Jahre, langjährige Stadionverbote auch für kleine und nichtige Vergehen zu verhängen, bestätigt dies. Auch wird für Fanbetreuung kaum Geld ausgegeben, es gibt aber ein teures Kulturprogramm unter der Leitung von Andre Heller.

Für mich ganz persönlich spielen bei meiner Ablehnung auch ganz andere Sachen eine Rolle, z.B. die aktuelle Rassismus-Debatte. Ohne die kommende Fußball-WM würde sie es nicht geben. No-go-Areas gibt es seit Jahren, sie scheinen nur niemanden zu interessieren und um die eigentlich Betroffenen, nämlich die Menschen, die in solchen Gegenden regelmäßig Opfer rassistischer Anfeindungen und

Übergriffe sind, geht es nicht. Sondern nur um die Angst, dem WM-Motto „Zu Gast bei Freunden“ nicht gerecht zu werden und im Ausland ein schlechtes Bild abzugeben. Alles was die Heile-Welt-Harmonie von Fußball-Deutschland mit dem Rest der Besten der Welt stören könnte, muss aus dem Bild für die Weltöffentlichkeit herausgeschnitten werden und kritische Stimmen sind während dieser Zeit nicht erwünscht.

Sie haben im Vorfeld immer wieder die Sicherheitsmaßnahmen und die Repression gegen Fußballfans kritisiert? Wie sind Ihre Erfahrungen im Ligaalltag in der letzten Zeit?

Wir mussten beobachten, dass die Eingriffsschwelle der Polizei, je näher die WM rückt, immer niedriger wird. Die Zahl der erfassten „Gewalttäter Sport“, sowie der Stadionverbote ist signifikant gestiegen. Erklären lässt sich das mit einer gestiegenen Gewaltbereitschaft nicht. Eher mit einer Null-Toleranz Linie der Polizei, die dahin führt, dass lieber mal einer mehr durch das Raster fällt als einer zu wenig. Das drückt natürlich auf die Stimmung in den Kurven und kann unter gewissen Umständen auch zu einem höheren Aggressionspotential führen. Gewalt existiert noch beim Fußball, wie sie in unterschiedlicher Form bei ziemlich jeder Massenveranstaltung vorkommt. Allerdings geschieht diese so gut wie nicht mehr im und am Stadion. Und oftmals werden Lappalien oder auch nur Lage-Einschätzungen zum Anlass genommen, hartes polizeiliches Vorgehen zu legitimieren. Es wird in der Bewertung kaum differenziert. Als Gewalt gelten auch Dinge wie das Anbringen von Aufklebern, rütteln an Gittern, usw. Dies sind teil-



weise auch emotionale Reaktionen ohne Krawallpotential. Pyrotechnik gilt auch als Gewalt, also vor allem Rauch und bengalische Fackeln. Äußerungen von Betroffenen, dass die Gewalt nicht von ihnen ausging bzw. nur auf Aktionen der Polizei reagiert wurde, kommen fast nie in die öffentlichen Meldungen. Das mag nicht immer eine Legitimation des Verhaltens sein, aber es zeigt den Kern des Problems: Die Fans fühlen sich angegriffen, unter Veracht gestellt und kriminalisiert. Das ist nicht nur Verfolgungswahn, sondern durchaus belegt: Obwohl sich die Situation beim Fußball sehr verbessert hat, steigen die Einträge in die „Gewalttäterdatei Sport“ ständig an. Wurde von der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) im Jahr 1998 noch eine Zahl von etwa 2.100 Gespeicherten genannt, ist die Zahl schon im Jahr 2000 kurz vor der Europameisterschaft urplötzlich auf 7.000 gestiegen. Aktuell, kurz vor der WM 2006 grassiert nun die Zahl von angeblich 10.000 deutschen Gewaltbereiten durch die Gazetten. Ähnlich sieht es bei den Stadionverboten (SV) aus: Im Stadion gibt es eigentlich kaum Gewalt, aber die Zahl der SV ist mittlerweile bei deutlich über 2.000 angekommen. Fußballfans werden in der „Datei Gewalttäter Sport“ (GWS) erfasst, u.a. „wenn zu befürchten ist, dass die betroffenen Personen sich in Zukunft an anlassbezogenen Straftaten beteiligen werden“ (Formulierung für die Aufnahme in diese Datei). Damit wird der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ein Eintrag in diese Datei wird dem Betroffenen nicht mitgeteilt, man bekommt davon nur indirekt mit. So kann es zu „Gefährderansprachen“ kommen, bei denen Polizeibeamte am Arbeitsplatz oder Wohnort (oft noch das Elternhaus) auftauchen und den „Gefährder“ vor der Teilnahme an Fußballspielen warnen. Einige Fälle sind bekannt, wo Ausreiseverbote am Flughafen ausgesprochen wurden, egal ob die Reise dienstlicher oder privater Natur war. In der GWS steht auch nur das Datum der Erfassung, nicht aber eine Begründung für diese. Es besteht also keine Chance, einem Grenzbeamten die eigene Harmlosigkeit zu erklären. Die Verweildauer beträgt mindestens fünf Jahre, bevor die erste „Überprüfung“ stattfindet – in nahezu allen Fällen gibt es danach eine Verlängerung um weitere fünf Jahre.

Konstruierte Drohszenarien in Verbindung mit Fußballfans, die keinerlei Lobby haben und deren Definition sich nach belieben ändern lässt, werden durch die WM

gezielt benutzt, um Bürgerrechte ab- und den Überwachungs- und Machtapparat der Polizei auszubauen. Mit der Datei GWS ist ein Instrument geschaffen und sogar international etabliert worden, welches wenig bis gar nicht demokratisch kontrolliert wird und auch beliebig auf andere Gruppen übertragbar ist. 2004 hat BAFF das viel beachtete Buch „Die 100 ‘schönsten’ Schikanen gegen Fußballfans“ veröffentlicht, das viele solcher Fälle dokumentiert. Da sich fast an jedem Wochenende in den Stadien des Landes weitere teils haarsträubende Vorkommnisse ereignen, wird zur Zeit gerade an einem zweiten Teil gearbeitet.

Rassismus ist ein weit verbreitetes Phänomen in Fußballstadien. Welche Maßnahmen fordern Sie, um fremdenfeindliche Tendenzen im Fußball zu bekämpfen?

Viele. Doch meine Hoffnungen, dass sie auch nur annähernd umgesetzt werden, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre gering. Seit Jahren versucht BAFF auf Rassismus in den Stadien aufmerksam zu machen, sei es über Forderungen in Presseerklärungen oder die viel beachtete Ausstellung „Tatort Stadion“. Und seit Jahren passiert nichts. Vielen Verbänden und Vereinen passt das Problem nicht in ihre heile Fußballwelt und wenn einmal etwas passiert, dann ist man dort entsetzt, überrascht und versucht zu beschwichtigen bzw. abzuwiegeln. „Das ist nicht nur bei uns so“, „Das sind keine echten Fans“ sind viel gehörte Floskeln. Doch die Anerkennung eines Problems wäre erst einmal der erste Schritt. Und da hapert es oft. BAFF erstellte einen Neun-Punkte-Plan gegen Rassismus und übermittelte diesen als Vorlage an alle Vereine, außerdem einen Muster-Antirassismusparagrafen für die Stadionordnung sowie einen Forderungskatalog gegen Homophobie im Fußball. Der DFB hat einen ähnlichen als „Empfehlung“ an die Vereine gesandt. Doch ohne Auflagen an die Vereine scheint das nicht zu funktionieren. Einmalige Aktionen „Für Toleranz“ sind nett, können aber langfristige Kampagnen und Strategien nicht ersetzen. Eine Sprachlosigkeit herrscht vor. Wir bräuchten auch einmal Spieler, die sich zu dem Thema äußern und zwar endlich auch einmal Spieler, die nicht selbst von den rassistischen Schmähungen betroffen sind. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat kein Spieler hier jemals den Platz verlassen, kein Schiedsrichter ein Spiel aufgrund rassistischer Schmähun-

gen abgebrochen. In allen Diskussionen wird immer nur auf die „Verantwortung der Fans“ verwiesen, doch ein „Selbstregulierungsprozess“, wie er in manchen Kurven durchaus stattfindet, kann immer nur so stark sein, wie anti-rassistische Gruppen auch vom Rest des Vereines unterstützt werden. Die FIFA fordert in ihren neuen Richtlinien, Vereine bei rassistischem Verhalten ihrer Fans zu bestrafen, doch wie das umgesetzt werden soll und wer das überwacht, weiß kein Mensch. Vielleicht wäre endlich mal ein „Runder Tisch“ nötig, mit Verbänden, Vereinen, Spielern und aktiven Fangruppen um sich gemeinsame Strategien zu überlegen. Und hierbei sollte definitiv das Augenmerk auf präventive Optionen, wie die Stärkung sozial-pädagogischer Fanprojekte, gelegt werden und nicht nur auf weitere repressive Maßnahmen, die nur greifen können, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Sind während der WM Aktionen von Ihrem Bündnis geplant? Wenn ja, welche?

BAFF wird weiterhin versuchen die WM über Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Interviews, wie sagt man so schön, „kritisch zu begleiten“ und dabei auf Nebenerscheinungen aufmerksam machen, die im patriotischen WM-Taumel sonst unter den Tisch fallen. Es wird einige medienwirksame Auftritte unseres eigenen WM-Maskottchens Proleo (www.proleo.de), dem Gegenentwurf zum Löwen ohne Hose geben, der ja inzwischen auch Privatinsolvenz anmelden musste. BAFF ist außerdem als Partner des FARE-Netzwerkes Football auch in dessen anti-rassistisches Programm zur WM eingebunden. BAFF ist immer nur so aktiv, wie es seine einzelnen Mitglieder sind und da wird auf der lokalen Ebene einiges passieren, u.a. durch Beteiligung an den diversen Demonstrationen gegen die Naziaufmärsche in dieser Zeit. Am besten kann man sich darüber auf unserer Homepage (www.aktiv-fans.de) informieren. BAFF Mitglieder sind des Weiteren in diversen Anti-WM Bündnissen wie etwa www.Vorrunden-aus.de organisiert.

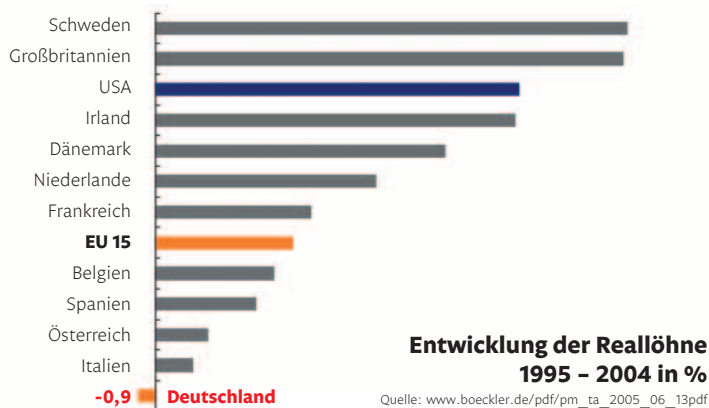
Martin Endemann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Es fragten **Matthias Gärtner** und **Anke Lohmann**.

Warum eigentlich Mindestlohn?

■ In 18 der 25 EU-Staaten gibt es gesetzliche Mindestlöhne und das nicht zuletzt, weil es dafür einen europäischen Rechtsrahmen gibt. Zwei auch von der Bundesrepublik unterzeichnete Abkommen schreiben den Mitgliedsländern vor, für angemessene, die Existenz sichernde Mindestlöhne zu sorgen. Dabei wird die

systeme, denn die Verteilungsverluste bei den Löhnen verursachen in den öffentlichen Etats Jahr für Jahr Defizite im zweistelligen Milliardenbereich. Es gibt so gut wie kein soziales Problem in diesem Land, das nicht auf die eine oder andere Weise durch die sich seit Jahren addierenden Lohnverluste verursacht oder ver-



unterste Grenze bei 60 Prozent des durchschnittlichen nationalen Nettolohnes angesetzt. Dementsprechend sieht der Antrag der Linksfraktion an den Deutschen Bundestag einen Stundenlohn von mindestens acht Euro vor, was, bei aller Unsicherheit der zur Verfügung stehenden Daten, dieser Grenze entsprechen dürfte. Rund 2,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte erhalten in Deutschland zum Teil deutlich weniger. Bezieht man die Teilzeitbeschäftigten und kurzfristigen Arbeitsverhältnisse mit ein, handelt es sich um rund 3,8 Millionen Menschen. Grund dafür ist vor allem die nachlassende Tarifbindung, aber auch eine im Verhältnis zu anderen Ländern allgemein negative Lohnentwicklung. (siehe Tabelle)

Die negative Lohnentwicklung ist aber nicht nur ein Problem sozialer Gerechtigkeit, sie ist ein zentrales Problem der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung. Die Lohnverluste sind sowohl für die allseits beklagte Schwäche des deutschen Binnenmarktes und damit für das hohe Niveau der Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, als auch für die Defizite der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungs-

schärft wurde. Deshalb geht der gesetzliche Mindestlohn alle an, nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Linkspartei und WASG führen zur Durchsetzung ihrer Forderung neben den Gewerkschaften ver.di und NGG eine breit angelegte Kampagne, die ihren Höhepunkt im Herbst finden soll, wenn die Bundesregierung mit einem eigenen und wahrscheinlich sehr niedrig angesetzten Mindestlohnvorschlag an die Öffentlichkeit treten wird. Natürlich will unsere Kampagne öffentlichen Druck aufbauen, um einen Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen. Sie will aber auch weithin unbekannte Fakten in die Öffentlichkeit bringen und Vorurteile oder Gegenargumente widerlegen. Und weil dies nicht möglich ist, ohne die breite Mitgliedschaft mit Argumenten zu versorgen, wird die Kampagne mit einem umfangreichen Bildungsmaterial begleitet, mit dem wir gleichzeitig einen Beitrag zur ökonomischen Alphabetisierung leisten und den Anfang für eine flächendeckende systematische Bildungsarbeit setzen wollen. Der Anfang ist gemacht und er ist beeindruckend. Wir haben in beiden Parteien eine Initiative zur Suche von „Botschafte-

rinnen“ für den gesetzlichen Mindestlohn gestartet, die an ihrem Ort bereit sind, sowohl die Kampagnenaktionen zu organisieren, als auch Bildungsveranstaltungen durchzuführen. Ursprünglich wollten wir 100 solcher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren finden und in mehrstündigen Qualifizierungskursen auf ihre Arbeit vorbereiten. Doch inzwischen haben bereits mehr als 200 solche Kurse absolviert. Das wichtigste Gegenargument, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben, ist die Befürchtung, dass der gesetzliche Mindestlohn Arbeitsplätze kosten wird. Ein Argument, das gerade in Ostdeutschland eine entscheidende Rolle spielt und deshalb in unserem Bildungsmaterial sehr ausführlich diskutiert wird. Wobei man dem Einwand nicht nur theoretisch und mit volkswirtschaftlicher Logik, sondern auch mit praktischen Beispielen entgegenreten kann. Theoretisch ist die Angelegenheit nur zu klären, wenn man den betriebswirtschaftlichen Blickwinkel des Einzelunternehmens überwindet und zwei Fakten berücksichtigt. Erstens muss kein Unternehmer durch den gesetzlichen Mindestlohn Konkurrenz Nachteile befürchten, weil seine Konkurrenten den gleichen Bedingungen unterworfen sind. Im Gegenteil, wie der Mindestlohn im Baugewerbe zeigt, tragen Mindestlöhne dazu bei, die Konkurrenz durch gegenseitige Unterbietung der Lohnkosten zu beenden und Planungssicherheit zu schaffen. Und zweitens wird die durch den Mindestlohn unter Umständen notwendige Preiserhöhung dadurch wett gemacht, dass prozentual mehr Kaufkraft auf den Markt kommt, als die Preiserhöhung ausmachen müsste. Wichtiger scheint jedoch die Tatsache, dass alle internationalen Studien belegen, unabhängig von welcher Seite sie durchgeführt wurden, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nirgendwo zu Arbeitsplatzverlusten führte. Zwar lässt sich auch nicht das Gegenteil beweisen, weil der Abbau der Arbeitslosigkeit, zum Beispiel in Großbritannien, viele andere Gründe haben kann, aber eines lässt sich beweisen: Gerade in Großbritannien konnte das Auseinanderdriften von unteren und hohen Lohngruppen nicht nur aufgehalten, sondern auch rückgängig gemacht werden.



Harald Werner

ist gewerkschaftspolitischer Sprecher und Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS.

Global denken, vernetzen und gemeinsam handeln

Vom 4. bis 7. Mai fand in Athen das 4. Europäische Sozialforum (ESF) mit mehr als 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Mit dabei junge Linke aus Sachsen-Anhalt, nämlich von [solid] Stendal, der Roten Rose Sangerhausen und von Junge Linke.PDS Wittenberg.

Das Athener ESF ist mittlerweile das vierte seiner Art. 2002 kamen unter dem Eindruck des bevorstehenden Irak-Krieges und der Herausbildung der globalisierungskritischen Bewegung über eine halbe Millionen Menschen zum 1. ESF in Florenz zusammen. In den darauf folgenden Jahren traf sich die globalisierungskritische Bewegung in Paris und London, um über Alternativen zur herrschenden Weltordnung zu diskutieren.

Von den Gewerkschaften über kommunistische Bewegungen bis zum weiten sozialistischen Parteienspektrum Europas war nahezu alles vertreten, was sich als links versteht. Vor allem die Rolle der „klassischen“ Formationen, den politischen Parteien und den Gewerkschaften, war dabei auffallend. Denn es gilt nach wie vor offiziell die „Charta von Porto Alegre“ des Weltsozialforums, die politischen Parteien offiziell die Teilnahme an den Treffen verwehrt. Praktisch sind mittlerweile beim ESF politische Parteien, entweder über ihre Umfeld- und Milieuorganisationen wie Jugend- und Themenverbände oder über die ihnen nahe stehenden Stiftungen und Bildungswerke, stark präsent. Für die deutsche Linkspartei waren sowohl Katja Kipping (MdB) als auch Helmut Scholz (MdEP) auf dem ESF anwesend. Sascha Wagener vom Jugendverband [solid] und

frisch in den Parteivorstand gewählt, informierte in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der sozialistischen Jugendverbände Europas 'ENDYL' über die zunehmende Prekarisierung von Praktikanten. Sehr schön war es, dass sich in Athen fast 75 junge Menschen aus dem Umfeld der Linkspartei fanden, um gemeinsam das ESF und die anschließende Demo zu rocken.

Doch neben allen positiven Visionen einer besseren Welt, offenbarte das diesjährige Europäische Sozialforum erste Schattenseiten. So wurde in der Vorbereitung der Veranstaltungen auf dem ESF rigoros selektiert, so dass parallel zur Hauptveranstaltung fünf autonome Alternativforen in Athen versuchten, ihre Ideen und Diskussionen anzubieten. Trotz aller Probleme im Organisationsverlauf und der inhaltlichen Ausgestaltung blieb das dies-

jährige ESF im Charakter aber der Forums-idee treu. Das Kennenlernen und Vernetzen stand neben all den interessanten Workshops doch im Vordergrund.

Höhepunkt war die am Samstag stattfindende Demonstration, die trotz des breiten politischen Spektrums der Teilnehmer gemeinsam unter dem Motto der Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes stand. Über 50.000 Menschen und unsere Stendaler Linkspartei-Feuerwehr zeigten den Griechen und Europa, dass wir eine andere Welt wollen und sie aktiv einfordern. Dies alles geschah vor historischer Kulisse in der Stadt, in der die Idee Demokratie ihren Ursprung nahm und viele der großen Philosophen lebten, die mit ihren Werken noch heute unser Denken maßgeblich beeinflussen. Und wie steht es um die Vor-denker und ihre Ideen in der heutigen Zeit? Nach gut 2.500 Jahren haben wir aggressivsten Kapitalismus, nuklearen Imperialismus und eine Weltordnung, die anstelle des Friedens und der Demokratie auf die Ausbeutung von Milliarden setzt.

Das ESF muss aus diesem Grund als Teil der weltweiten Sozialforumsbewegung in der Tradition der Welt-, Kontinental- und Nationalforen gesehen werden. Als Teil einer neuen internationalen Solidaritätsbewegung, die in der Pluralität gemeinsam eine bessere, eine sozialistische Welt anstrebt. Denn nur im Austausch und vereinten Handeln liegt die Zukunft. Deshalb dürfen die kommenden Sozialforen nicht, wie auch leider dieses Jahr, in der Betonung von Gemeinsamkeiten verharren. Um politisch wirkungsmächtiger und damit auch anziehender zu werden, bedarf es mehr als nur Deklarationen. Es müssen Handlungsoptionen erarbeitet und erstritten werden, die europaweit lokal umsetzbar sind. Um Europa als Raum der politischen Steuerung muss weiter gekämpft werden, denn wichtige politische Auseinandersetzungen sind heute im Prinzip europäisch. Ein alternativer Verfassungsentwurf, welcher die positiven Aspekte wie die Aufnahme der Grundrechtecharta und die Stärkung des Parlaments in der gescheiterten EU-Verfassung aufnimmt, aber etwa die sozialpolitischen und militärischen Rückschritte ausspart, könnte ein solches Projekt sein, um als Linke in die Offensive zu kommen.

Lena Kreck, Mitglied bei Junge Linke.PDS Wittenberg, und **Roland Gehrmann**, aktiv bei [solid] Stendal, erlebten das ESF in Athen.



FRIEDE FREUDE LINKSPARTEI!?

LANDESJUGENDTREFFEN DER LINKSPARTEI.PDS

16. BIS 18. JUNI 2006

JH GORENZEN (STADT MANSFELD)

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2006 ist die Linkspartei.PDS zweitstärkste Kraft geworden. Wie in der Bundespolitik gilt es jetzt, in der Opposition für eine gerechte Politik zu streiten und Konzepte für diese vorzulegen.

Konzepte, wie die Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn von Linkspartei.PDS und Gewerkschaften, die nur von einer breiten linken Strömung getragen, wählbar und erfolgreich sein können. Diese Breite bildet sich auch im Zusammengehen von WASG und Linkspartei.PDS ab, in den nächsten Monaten stehen die programmatischen Debatten dazu an. An diesen wollen wir, junge Linke in Sachsen-Anhalt, teilnehmen oder sie gar voranbringen. Denn allein die Notwendigkeit zur Fusion gestaltet noch keine Inhalte. Deshalb setzen wir hinter das Motto des Landesjugendtreffens „Friede, Freude, Linkspartei!“ auch ein Fragezeichen.

Wir laden ein, um ins Gespräch zu kommen, zur Zukunft der Arbeit, zur Kapitalismuskritik, zu Antifaarbeit und unseren Vorstellungen, wie Jugend in und bei der Linkspartei.PDS politisch aktiv werden kann. Und wir laden ein zum Feiern und Tanzen, diesmal organisiert von der Linken Jugend. Die Rotfuchse e.V. im Mansfelder Land.

Ort:

Jugendherberge Südharz/Gorenzen
Hagen 2-4,
06343 Stadt Mansfeld/OS Gorenzen

Infos, Kontakt und Anmeldung:

Linkspartei.PDS
Jugendbildungsreferentin AGJG
Blumenstraße 16
06108 Halle
phone. 0345 2025583
web. www.junge-linke-sachsen-anhalt.de
mail. jugendtreffen@gmx.de

Anreise:

Mit dem PKW

Von Halle kommend: B 80 von Halle in Richtung Eisleben, kurz vor Eisleben links abbiegen auf die Umgehungsstraße in Richtung Hettstedt (B180) und diese dann fahren bis zur Kreuzung (B 180/B 242). An dieser Kreuzung links abbiegen in Richtung Mansfeld. In Mansfeld immer Richtung Sangerhausen halten bis kurz vor dem Ortsausgang Gorenzen/Möllendorf ausgeschildert ist. Dann Möllendorf durchfahren und nach ca. 3 km steht dann das Hinweisschild zur Jugendherberge. Alternativ könnte man von Halle aus Richtung Harzgerode fahren. Dann ist man gleich auf der B 242 und fährt diese dann bis Mansfeld und folgt der Beschreibung oben.

Von Magdeburg kommend: Von Magdeburg Richtung Aschersleben fahren, in Aschersleben weiter über Hettstedt in Richtung Eisleben. An der ersten großen Kreuzung hinter dem Ort Siersleben rechts auf die B 242 abbiegen und dann weiter wie oben.

Von der Autobahn kommend: A 14 von Halle in Richtung Magdeburg bzw. Magdeburg in Richtung Halle bis zur Abfahrt „Plötzkau“ dann der Ausschilderung bis Hettstedt folgen, weiter in Richtung Eisleben, durch Siersleben durch bis zur Kreuzung B 180/B 242.

Mit der Bahn

nach Sandersleben, Klostermansfeld oder Hettstedt,
Shuttle von Freitag 17.00–22.00 Uhr,
Samstag von 8.00–11.00 Uhr
Nach Voranmeldung, Ankunftszeit in Sandersleben, Klostermansfeld oder Hettstedt bis 13.06. per Fax 0345 2025584 oder E-Mail jugendtreffen@gmx.de angeben.

Kosten:

10,00 Euro Teilnahmebeitrag für Programm, Übernachtung im Mehrbettzimmer, Essen und Konzert (Getränke am Abend auf Selbstzahlerbasis). Bitte Bettwäsche selbst mitbringen oder 3,00 Euro für die Ausleihe einplanen.

ARBEITSGRUPPEN:

Die Arbeitsgruppen und Workshops sollen themenbezogen zur gemeinsamen Diskussion einladen und Vorschläge zur konkreten politischen Aktion erarbeiten. Die AGs sind als pluraler offener Lernort angelegt und damit auf das aktive Wechselspiel zwischen Teilnehmenden und Teamern angewiesen. Zu Beginn wird über Vorgehen und Zielsetzung abgestimmt, in der Regel führen die Teamer mit Kurzreferaten in das jeweilige Thema ein. Einige Arbeitsgruppen haben sich bereits auf dem Landesjugendtreffen in Merseburg im letzten Jahr gebildet und thematische Arbeitskreise verabredet, die ihre Arbeit weiterführen. Dennoch ist die Teilnahme in Gorenzen grundsätzlich an jeder Arbeitsgruppe ohne Vorkenntnisse möglich.

AG Bildung

„Welche Schule wollen wir?“
Vorstellungen und Utopien zur Schule von morgen – Bildungspolitische Vorschläge der Linkspartei.PDS von heute

Teamer:

Julia Bonk, MdL, Linkspartei.PDS Sachsen,
Matthias Höhn, MdL, Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt.

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus

Schwerpunkt Rechtsextreme Jugendkultur und Organisierung in Sachsen-Anhalt

Teamer vom

Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (angefragt).

AG Kampagne Mindestlohn

Erarbeitung von Inhalten und Aktionen für Sachsen-Anhalt zur Mindestlohnkampagne der Linkspartei.PDS

Teamer:

Gudrun Wüste, DGB Kreisverbandsvorsitzende Mansfelder Land,
Edeltraud Rogée, MdL, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.

Workshop Video

Begrenzung auf zehn Teilnehmer, Unter Anleitung soll durch die Teilnehmer selbst eine kurze Videodokumentation des Landesjugendtreffen entstehen und am Sonntag präsentiert werden.

Teamer:

Mitarbeiter des **Magazins SPIESSER** und des **Offenen Kanals Magdeburg**.

PROGRAMM

FREITAG, 16. JUNI 2006

- | | |
|--------------|--|
| Ab 17.00 Uhr | Anreise, Nutzung zahlreicher Sportstätten möglich, z.B. Volleyball, Tischtennis, Billard |
| 18.00 Uhr | Grillen |
| 19.30 Uhr | Reisebericht vom Europäischen Sozialforum (ESF) in Athen |
| 21.00 Uhr | Disko |

SAMSTAG, 17. JUNI 2006

- | | |
|-----------------|---|
| 9.00 Uhr | Frühstück |
| 10.15 Uhr | Grußworte und Begrüßung durch Matthias Höhn , Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt |
| 10.45 Uhr | Vorstellung des Ablaufes und der Arbeitsgruppen und Workshops |
| 11.00 Uhr | Start der Arbeitsgruppen und Workshops |
| 12.30-13.30 Uhr | Mittagspause |
| 13.30-15.00 Uhr | Fortsetzung der Arbeitsgruppen und Workshops |
| 15.00-16.00 Uhr | Freizeit |
| 16.15 Uhr | Podiumsdiskussion „Zukunft der Arbeit“ mit Wulf Gallert , Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt, Caren Lay , arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen, Edeltraud Rogée , gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt, Moderation: Gabriele Oertel , Neues Deutschland. |
| 18.00-19.00 Uhr | Abendessen |
| 19.30 Uhr | Podium „Jugend und Parteifusion“ mit Vertretern von [solid] und Jugendstrukturen Bund sowie Sachsen und Sachsen-Anhalt, Moderation: Katharina-Johanna Tetzlaff , Bundesjugendkordinatorin der Linkspartei.PDS |
| 21.00 Uhr | Konzert Schema F , Musik „querbeat“ |

Sonntag, 18. Juni 2006

- | | |
|------------------|---|
| 9.00-10.00 Uhr | Frühstück |
| 10.00 Uhr | Erweiterter Koordinierungsrat (KoRa) der Jugendstrukturen in und bei der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt; Diskussion zur Entwicklung von Jugendstrukturen und -politik im Plenum |
| 12.00 Uhr | Videopräsentation zum Landesjugendtreffen Gorenzen 2006 |
| 12.15- 13.00 Uhr | Mittagessen |
| 13.00-14.30 Uhr | Abreise, Shuttle zu den Bahnhöfen |

100 Tage Regionalverband Harz

■ Vollzogen wurde die Bildung des ersten Regionalzusammenschlusses der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt mitten im Wahlkampf. Und der „Gründungspartitag“ des Regionalverbandes Harz am 4. März 2006 war ein erfolgreicher. Nicht nur die emotional sehr bewegende gemeinsame Eröffnung durch den bald 100jährigen Genossen Fritz Eckhard und die 19jährige Genossin Josephine Lüderitz, auch die Grußansprachen des Bundesgeschäftsführers, Dietmar Bartsch, und des Landesvorsitzenden, Matthias Höhn, vermittelten den über 130 Delegierten und Gästen, dass an diesem Tag etwas nicht Alltägliches passierte.

Mit diesem Tag wurde ein mehrjähriger Vorbereitungsprozess abgeschlossen und in unserem Landesverband der erste Regionalverband gegründet. Noch dürfen wir uns Regionalverband Harz nennen, aber mit der Kreisneugliederung sind wir dann ein Regionalkreisverband wie in anderen Landesverbänden auch. Allerdings werden wir mit fast 260.000 Einwohnern der „größte“ Regionalkreis in Ostdeutschland sein und damit hat der Kreis Harz mehr Einwohner als Magdeburg oder Halle. Das ist aber nicht das Wesentliche, für unseren Landesverband bedeutet der Wahltermin am 22. April 2007 für die von der Fusion betroffenen Landkreise, dass nicht mehr viel Zeit ist – zumindest um sich in den angedachten politischen Strukturen schnell zu finden und diesen Prozess in wesentlich kürzerer Zeit als der Harz abschließen zu müssen. Dabei sind wir gern bereit unsere Erfahrungen zu vermitteln.

Für den Regionalverband Harz können wir nach rund 100 Tagen bilanzieren, dass der Findungsprozess ohne „innerparteiliche“ Querelen vollzogen wurde und wir schnell arbeitsfähig waren. Es gab die ersten Regionalvorstandsberatungen, ein Treffen mit Vorsitzenden der Basisorganisationen (BO) bei fast 100-prozentiger Teilnahme und zumindest im regionalen Bereich ist es gelungen, erste politische Signale auszusenden. Dem Regionalvorstand gelang

es, auf Grund der guten Vorarbeit der Arbeitsgruppe und der Kreisvorstände sehr schnell, eine klare Zuordnung und Verbindlichkeit der Arbeit herzustellen. Den „alten Kreisvorständen“ ist dafür ausdrücklich zu danken. Zuordnung bedeutet die konkrete regionale und inhaltliche Verantwortlichkeit jedes Vorstandsmitglieds, Verbindlichkeit steht für klare Terminplanung, öffentliche Ansage der Beratungen und durchgängige Kommunikationsbeziehungen in jeder BO. Wichtig war in diesem Prozess auch die BO'en den Erfordernissen anzupassen, dass bedeutet, die Zusammenfassung möglichst auf Grundlage der kommunalen Strukturen. Und wir können den Kritikern in unserer Partei, die an Geschäftsstellen und Handkassierung festhalten wollen, mitteilen, es geht auch anders und nicht schlechter. Das war ein kurzer Abriss der unvermeidlichen innerparteilichen Struktur, aber wesentlich wichtiger ist die politische Außenwahrnehmung. Hier können wir auf einige erste positive Signale verweisen. So wurde im Wahlkampf das Miteinander für einen starken Harzkreis in den Vordergrund gerückt und dies war durchaus ein Alleinstellungsmerkmal. Die erste gemeinsame Aktion des Regionalverbandes war die Demonstration am 22. April gegen einen Naziaufmarsch in Halberstadt und hier gelang es gemeinsam im Bürgerbündnis Halberstadt, Gesicht zu zeigen.

Der Schwerpunkt unserer politischen Verantwortlichkeit liegt in der Vorbereitung der Wahlen des Oberbürgermeisters in Halberstadt noch in diesem Jahr und zum Kreistag/Landrat am 22. April 2007. Hier gibt es auf der Regionalverbandsebene eine aktiv arbeitende Arbeitsgruppe der Kreistagsfraktionen der Linkspartei.PDS. Es gelang uns, die Meinungsführerschaft im Kreisneubildungsprozess zu erreichen und mit mehreren gleichlautenden Anträgen in den drei Kreistagen und einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit politische Akzente zu setzen. Dies ist nach unserer Auffassung eine der wichtigsten Aufgaben im Prozess der Kreisneugliederung und ständiger Schwerpunkt in den Beratungen



Eröffnung durch Fritz Eckhard und Josephine Lüderitz

des Regionalvorstandes. So wie in allen Kreisvorständen und Kreisverbänden begleiten auch uns die Probleme der Parteienneubildung, wir haben uns von Anfang an mit der WASG auf eine einfache Formel geeinigt: Jeder Partner nimmt an den Beratungen des anderen teil und dies funktioniert auch. Darüber hinaus wollen wir nach dem Landesparteitag auf regionaler Ebene gemeinsame Arbeitsgruppen zu inhaltlichen Themen bilden, um eine programmatische Diskussion miteinander und übereinander in Gang zu bringen.

Wie man sieht, die meiste Arbeit im Regionalverband unterscheidet sich nur unwesentlich von der im Kreisverband, auch wenn es längere Wege gibt, die man aber im 21. Jahrhundert überwinden kann. So überwiegt der Gewinn an größerer Breite und Bündelung der Kompetenzen in einem „großen Kreisverband“!



André Lüderitz

ist Vorsitzender des Regionalverbandes Harz und Mitglied der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag.

Kontakte

Abgeordnete und ihre Wahlkreisbüros

Abgeordnete des Landtages

Eva von Angern (Magdeburg)

Gustav-Adolf-Straße 2, 39104 Magdeburg, Fon: 0391 4009051
Mail: wkb.evavonangern@freenet.de,
Mitarbeiter: Oliver Müller

Birke Bull (Bernburg)

Kleine Wilhelmstraße 2b, 06406 Bernburg, Fon und Fax: 0347 622998
Mail: pdsbbg@t-online.de
Mitarbeiterin: Jana Lankau

Harry Czeke (Jerichower Land)

Pfarrer-Schneider-Straße 14, 39307 Genthin, Fon und Fax: 03933 803508
Mail: harry.czeke@online.de
Mitarbeiterin: Sabine Roszczka

Sabine Dirlich (Schönebeck)

Breiteweg 47, 39218 Schönebeck, Fon und Fax: 03928 405499
Mail: sabine.dirlich@t-online.de
Mitarbeiterin: Ina Köhnow

Dr. Detlef Eckert (Halberstadt)

Voigtei 42, 38820 Halberstadt, Fon: 03941 571565, Fax: 03941 571564
Mail: buergerbuero@detlef-eckert.de,
Mitarbeiter: Jürgen Jüling

Jutta Fiedler (Sangerhausen)

Ulrichstraße 26, 06526 Sangerhausen, Fon: 03464 579257
Mitarbeiter: Roland Teichmann

Wulf Gallert (Ohrekreis)

Ritterstraße 1, 39340 Haldensleben
Fon und Fax: 03904 498933
Mail: wulf.gallert-wkb@t-online.de,
Mitarbeiter: Klaus Czernitzki

Stefan Gebhardt (Mansfelder Land)

Obertor 2, 06333 Hettstedt
Fon: 03476 811270, Fax: 03476 811275
Mail: gebhardt.hettstedt@gmx.de
Mitarbeiterin: Karin Paul
Ein weiteres Büro, welches durch Stefan Gebhardt betreut wird, wird es im Kreis Aschersleben-Staßfurt geben.

Gerald Grünert (Anhalt-Zerbst)

Mühlenstraße 31, 06862 Roßlau
Fon und Fax: 034901 82160
Mail: pds-wk-aze@t-online.de
Mitarbeiter: Klaus-Peter Krause

Uwe Heft wird sein Wahlkreisbüro in Halle einrichten.

Guido Henke wird sein Wahlkreisbüro in Köthen einrichten.

Matthias Höhn (Merseburg-Querfurt)

Weißenfeler Straße 53
06217 Merseburg, Fon: 03461 824891,
Fax: 03461 824892
Mail: hoehn-wkb@t-online.de
Mitarbeiterin: Sandra Heiß

Angelika Hunger (Bitterfeld)

Kirchstraße 2, 06749 Bitterfeld
Fon: 03493 401594
Mail: wkb-hunger@t-online.de
Mitarbeiterin: Dagmar Zoschke

Dr. Angelika Klein (Mansfelder Land)

Markt 57, 06295 Lutherstadt Eisleben
Fon: 03475 680194, Fax: 03475 250258
Mail: wkb-klein@t-online.de
Mitarbeiterin: Monika Andrich

Barbara Knöfler (Quedlinburg)

Altetopfstraße 3, 06484 Quedlinburg,
Fon: 03946 81043, Fax: 0721 151 253485
Mail: dielinke.pdsqblb@online.de
MitarbeiterInnen: Sabine Jurk und Jochen Köhler

Dr. Uwe-Volkmar Köck (Halle)

Ernst-Haeckel-Weg 5, 06122 Halle (Saale)
Fon: 0345 2941863, Fax: 0345 2941864
Mail: uwe.koeck@t-online.de
Mitarbeiterin: Frigga Schlüter-Gerboth

Hans-Jörg Krause (Salzwedel)

Südbockhorn 69, 29410 Salzwedel
Fon: 03901 305709, Fax: 03901 423236
Mail: pds-krause-saw@t-online.de
Mitarbeiterin: Carola Sperling

Hendrik Lange (Halle), Blumenstraße 16

06108 Halle, Mitarbeiter: Felix Knothe

André Lüderitz (Wernigerode)

Unterengengasse 4, 38855 Wernigerode
Fon: 03943 636315, Fax: 03943 636314
Mail: post@andre-luederitz.de
Mitarbeiter: Eberhard Schröder

Hans-Joachim Mewes (Magdeburg)

Lübecker Straße 114, 39124 Magdeburg,
Mitarbeiter: Michael Bremer

Dr. Helga Paschke (Stendal)

Anne-Frank-Straße 20, 39576 Stendal
Fon und Fax: 03931 519749,
Mail: pdssdl-wk.paschke@t-online.de
Mitarbeiter: Mario Blasche

Heidelinde Penndorf (Weißenfels-Hohenmölsen), Naumburger Straße 13
06667 Weißenfels, Fon: 03443 341133,
Fax: 03443 341136
Mitarbeiterin: Heidrun Becker

Dolores Rente (Wittenberg)

Pfaffengasse 4, 06886 Wittenberg
Fon: 03491 402859
Mail: dolores.rente@gmx.de
Mitarbeiter: Hartmut König

Edeltraud Rogée (Jerichower Land)

Breiter Weg 16, 39288 Burg
Fon und Fax: 03921 636881
Mail: e-rogee@t-online.de
Mitarbeiter: Wilfried Futh

Gudrun Tiedge (Bördekreis)

Diesterwegring 1, 39387 Oschersleben
Fon und Fax: 03949 4127
Mail: tiedge@web.de
Mitarbeiterin: Petra Hort

Dr. Frank Thiel (Burgenlandkreis)

Schlosshof 5, 06642 Nebra
Fon: 034461 35238
Mail: dr.frank.thiel@gmx.de

Abgeordnete des Bundestages

Roland Claus, Wahlkreisbüro in Naumburg, Engelgasse 6, 06618 Naumburg
Fon: 03445 261233, Fax: 03445 261324
Mail: roland.claus@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Katja Deibicht

Jan Korte, Wahlkreisbüro in Bernburg

Kleine Wilhelmstraße 2b, 06406 Bernburg, Fon und Fax: 03471 622947
Mail: jan.korte@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Jenny Schulz

Katrin Kunert, Wahlkreisbüro in Stendal

Anne-Frank-Straße 20, 39576 Stendal
Fon: 03931 490553, Fax: 03931 519479
Mail: katrin.kunert@wk.bundestag.de
Ansprechpartner: Mario Blasche

Elke Reinke, Wahlkreisbüro in Aschersleben

Hohe Straße 15, 06449 Aschersleben
Fon: 03473 913861, Fax: 03473 913862
Mail: elke.reinke@wk.bundestag.de
Mitarbeiter: Tobias Pochanke

Dr. Petra Sitte, Wahlkreisbüro in Halle

Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale)
Fon: 0345 4788839, Fax: 0345 4788841
Mail: petra.sitte@wk.bundestag.de
Mitarbeiter: Frank Baier

Stand: Juni 2006

Eine wichtige Etappe ist geschafft

Hinter der Linkspartei in Sachsen-Anhalt liegen acht Monate beinahe ununterbrochenen Wahlkampfes. Nachdem es uns gemeinsam mit der WASG gelungen war, in Sachsen-Anhalt das beste Ergebnis der Linkspartei bei der Bundestagswahl im vergangenen September zu erzielen, können wir heute sagen: Auch die Landtagswahlen am 26. März waren für unsere Partei ein großartiger Erfolg. Es ist all jenen von Herzen zu danken, die sich in den zurückliegenden Monaten so unermüdlich engagiert haben, den Kandidatinnen und Kandidaten ebenso wie den vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern!



Matthias Höhn am Abend der Landtagswahl, Magdeburg, 26. März '06.

Wesentliche Ziele, die wir uns gesteckt hatten, haben wir erreicht:

- Wir haben unser bestes Ergebnis bei Landtagswahlen seit 1990 erzielt. Wir haben uns deutlich von der SPD absetzen können.
- CDU und FDP haben ihre Mehrheit im Landtag verloren. Dies ist allein unser Verdienst. Ohne den kräftigen Zuzug unserer Partei hätten wir auch heute eine schwarz-gelbe Politik in Sachsen-Anhalt.
- Und schließlich ist es uns gemeinsam mit vielen anderen gelungen, den Einzug einer rechtsextremen Partei in den Landtag zu verhindern. Wir wissen, dass damit keinesfalls der Kampf gegen den Rechtsextremismus gewonnen ist, aber es war ein wichtiger Erfolg.

Als Oppositionsführerin Alternativen präsentieren

Die Sozialdemokraten haben unser Gesprächsangebot ohne inhaltliche Begründung in den Wind geschlagen und sich zum preiswerten Juniorpartner der CDU gemacht. Wir werden dort anknüpfen, wo wir in der vergangenen Legislatur aufgehört haben: Es war und bleibt unser Anspruch, als Oppositionsführerin Alternativen nicht nur einzufordern, sondern sie konsequent auch auf den Tisch zu legen. Die Koalition aus CDU und SPD hat ganz offensichtlich nicht den Willen und die Kraft, die dringend notwendigen Veränderungen im Land auf den Weg zu bringen. Böhmer und Bullerjahn haben sich auf ein verantwortungsloses „Weiter so!“ verständigt. Was auf der Strecke bleibt, sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Für uns ist und bleibt soziale Gerechtigkeit Dreh- und Angelpunkt unserer Politik:

- Wir müssen den Umstieg in die wissensbasierte Gesellschaft schaffen. Klassische Wachstumspolitik des 20. Jahrhunderts wird unsere Probleme nicht lösen, das haben die letzten Jahre gezeigt. Bildung ist einer der Schlüssel dafür.
- Die Sozialsysteme müssen umgebaut werden. Unser Ziel sind vorsorgende Strukturen, Leistungen und Angebote. Wir streiten für eine Familienpolitik, die vor Ort stattfindet. Lebenspraktische Hilfe steht dabei im Vordergrund.
- Zukunft braucht Demokratie. Teilhabe an der Gesellschaft verlangt nicht nur nach sozialer Chancengleichheit, sondern auch nach demokratischen Strukturen und Mitwirkungsmöglichkeiten. Wir werden unsere Vorstellungen zur

Föderalismusreform in die Entscheidungen einbringen.

Eine unserer zentralen Forderungen ist die nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Der Landesverband wird die gemeinsame Kampagne von Linkspartei und WASG mit ganzer Kraft unterstützen. Es ist unsere Aufgabe, durch öffentlichen Druck die Bundes- und Landesregierung dazu zu bewegen, nicht nur über einen Mindestlohn zu reden, sondern ihn einzuführen, für jeden, gesetzlich garantiert. Es muss Schluss damit sein, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit nicht in Würde leben können.

Ein Projekt mit mehr Chancen als Risiken

Vor ziemlich genau einem Jahr haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen gewählt. Diese Landtagswahl war Ausgangspunkt für die meisten Ereignisse der vergangenen zwölf Monate. Zum einen gab es noch am Wahlabend die Ankündigung der SPD-Spitze, die Bundestagswahlen vorzuziehen. Zum anderen folgten unmittelbar danach Bekenntnisse mehrerer Persönlichkeiten, für einen gemeinsamen Wahlantritt aus PDS und WASG bei den vorgezogenen Wahlen zur Verfügung zu stehen. Daraus entwickelte sich rasch ein äußerst dynamischer Prozess, an dessen

bisherigen Ende der Erfolg der Linkspartei.PDS bei den Bundestagswahlen und Beschlüsse beider Parteien mit dem Ziel der Gründung einer neuen Linken in der Bundesrepublik stehen. Diese zwölf Monate waren voll von Enthusiasmus und Problemen gleichermaßen. Aber trotz allem haben auch wir das Ziel einer neuen Linkspartei nicht aufgegeben. Im Gegenteil, wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass dieses Projekt mehr Chancen als Risiken birgt, vor allem die Chance, die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik nachhaltig zu verändern und die kulturelle Kluft der demokratischen Linken in Ost und West zu schließen.

Wir haben uns in jüngster Zeit vor allem mit organisatorischen und wahlrechtlichen Fragen beschäftigen müssen – auch in Sachsen-Anhalt. Wir haben dies trotz aller Zeitnot und Widerstände erfolgreich gemeistert. Ich will allen in der WASG, die mit uns gemeinsam in kurzer Zeit durch zwei Wahlkämpfe gegangen sind, danken. Es ist nicht zuletzt auch diesem Ringen um Gemeinsamkeit zu verdanken, dass wir heute mit einer starken Landesgruppe in der Bundestagsfraktion und einer gestärkten Landtagsfraktion parlamentarisch verankert sind.

Wer aber nun hofft, wir hätten die größten Schwierigkeiten gemeistert, täuscht sich. Eine wichtige Etappe liegt hinter uns, die eigentliche politische Herausforderung steht uns aber noch bevor: Wir sind aufgerufen zu bestimmen, was der Platz einer gemeinsamen Linken im politischen System der Bundesrepublik sein soll, welche strategischen und programmatischen Ziele sie verfolgt.

Die neue Linkspartei wird nicht eine PDS mit neuem Anstrich sein. Sie wird viel mehr als bisher als Partei eine Plattform sehr unterschiedlicher linker Strömungen sein: demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, undogmatische und liberale Linke genauso wie Anhängerinnen und Anhänger der christlichen Soziallehre und andere mehr. Die Aufgabe, die vor uns liegt, lautet, dafür eine programmatische Basis zu formulieren, die linke Politik im Hier und Heute ermöglicht, die dabei das Ziel einer solidarischen Gesellschaft nicht aus den Augen verliert und gleichzeitig offen ist, offen für die Veränderungen rings um uns herum und offen für den Dialog.

Matthias Höhn ist der Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt.

Bildungstag zum Bildungsprozess

■ Bereits zum zehnten Mal fand in Bernburg im Mai der jährliche Politische Bildungstag der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt statt. Im diesmal gewählten Thema „Die neue Linke in der Bundesrepublik Deutschland – Zum Parteibildungsprozess“ lag bekanntlich nicht wenig Brisanz. Mit Bodo Ramelow, dem Beauftragten für den Parteibildungsprozess beim Parteivorstand, und dem Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der WASG in Sachsen-Anhalt, Harald Koch, waren kompetente Gesprächspartner eingeladen, die die zahlreichen Fragen der 60 Teilnehmer souverän beantworteten. Beide Referenten machten deutlich, dass es im Prozess der Parteibildung nicht nur um die Fusion zweier Parteien geht. Es geht

viel mehr um einen Parteiebildungsprozess, der sowohl für die Linkspartei.PDS als auch für die WASG eine große politische Herausforderung darstellt. Die Bildung einer gesamtdeutschen Linken ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck im Kampf um sozialstaatliche Mindeststandards, um soziale Gerechtigkeit, um Abrüstung und um eine moderne Gesellschaftsgestaltung. Sowohl in den Ausführungen der beiden Redner, als auch in der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass es jetzt darauf ankomme, eine breite Debatte zu den „Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ zu entwickeln. Diese Debatte sollte die Suche nach einer Vorstellung von der Zukunft mit der kriti-

schen Analyse der gesellschaftlichen Zustände, mit der Bestimmung strategischer Zielsetzungen und Schlussfolgerungen für praktische Politik verbinden. Es geht darum, jedem Mitglied der Linkspartei.PDS, jedem Mitglied der WASG, Gelegenheit zu geben, sich an der Debatte zu beteiligen, sei es nun auf regionaler Ebene, in den Kreisverbänden, in Basisveranstaltungen oder in den Medien. Die Veranstaltung machte deutlich, dass noch umfangreiche politisch-organisatorische Entscheidungen notwendig sind, um den Parteiebildungsprozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Dazu wird im Juni in der gemeinsamen Steuerungsgruppe der Parteivorstände der Linkspartei.PDS und der WASG ein konkreter Zeitplan erarbeitet. Im Jahr 2008 muss das neue Parteiprogramm beschlossen werden, da ein Jahr später der nächste Wahlmarathon als Herausforderung auf die neue Partei zukommt.



Gunter Schneider

ist Mitarbeiter für Politische Bildung beim Landesverband der Linkspartei.PDS.

■ Alljährlich im Frühjahr und Frühsommer stehen die schwul-lesbischen Umzüge und Demonstrationen anlässlich des Christopher-Street-Days auf der Tagesordnung. Was ursprünglich als politische Manifestation für die Rechte von Homosexuellen begonnen hat, ist in Deutschland mittlerweile zum unpolitischen „Friede-Freude-Eierkuchen-Karneval“ verkommen, bei dem das Konsumieren von reichlich Alkohol in Verbindung mit dem Abspielen von schwuler Lifestylemusik im Vordergrund steht. Trotzdem ziehen diese Events in Städten wie Köln und Berlin immer wieder hunderttausende Partybesucher an. Ganz anders ist die Situation in Osteuropa. Dort stellt sich die Teilnahme an den Demonstrationen zum Teil noch als lebensbedrohend dar. Einen kleinen Vorgeschmack gab es dafür beim Marsch für Toleranz Ende April im polnischen Krakow. Hunderte Demonstranten wollten zum Ausdruck bringen, dass Lesben und Schwule fester Bestandteil der polnischen Gesellschaft sind und auch so behandelt werden müssen. Gäste aus Dänemark, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Deutschland wollten mit ihrer Anwesenheit ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot an Einsatzkräften bereits am Treffpunkt mit Schlagstöcken, Gummigeschossgewehren und voller Kampfmontur präsent. Im Gegensatz zur im letzten Herbst brutal von der Polizei in Poznan aufgelösten Demonstration für Toleranz sollte das Aufgebot diesmal dem Schutz der Teilnehmer gelten. Krakows Stadtpräsident hatte den Marsch im Voraus genehmigt und den Schutz der Sicherheitskräfte zugesichert. Damit liegt er nicht unbedingt im Trend der herrschenden polnischen Politik, die insbesondere in Person des neuen Präsidenten Lech Kaczynski keine Gelegenheit auslässt, Lesben und Schwule zu diskriminieren. Im letzten Sommer – Kaczynski war noch Bürgermeister von Warschau – verbot er die dortige Demonstration von Lesben und Schwulen mit der Begründung, dass sie als Bürger gern demonstrieren dürften, als Homosexuelle allerdings nicht. Bereits nach wenigen hundert Metern zeigte sich in Krakow wie ernst gemeint der Hinweis der Organisatoren war, zur Demo einen Regenschirm zur persönlichen Sicherheit mitzunehmen. 400 Rechtsextremisten, die sich in der Innenstadt versammelt hatten, griffen den Demozug mit Flaschen, Eiern und Steinen unter den Augen vieler am Rande stehender Bürger frontal an. Immer wie-

Christopher-Street-Day zwischen Party und Verbot



Marsch für Toleranz, Krakow, 28. April '06.

der reagierten die Demonstrationsteilnehmer mit Sprechchören wie „Tolerancja“ oder „Guten Tag Krakow“. Ein Auseinanderbrechen der Demonstration drohte am Wisla-Ufer als Angreifer vom altherwürdigen Wawel, dem ehemaligen Sitz der polnischen Könige, abermals Steine auf die Teilnehmer warfen, wobei es zu leichten Verletzungen kam. Die regenbogenfarbenen Schirme bewiesen sich als ein nützliches Abwehrgerät. Letztlich war es dem Einsatz der Polizei zu verdanken, dass die Demonstration bis zu Ende fortgesetzt werden konnte. Für die Organisatoren des Marsches stellte sich das Ganze als Erfolg dar. Man hofft nunmehr auf einen positiven Verlauf der Parade für Gleichberechtigung am 10. Juni in Warschau. Noch dramatischer stellt sich die Situation von Lesben und Schwulen in Russland dar. Erstmals wollten sie in diesem Jahr in Moskau bei einer Love-Parade öffentlich demonstrieren. Nicht nur für die orthodoxe Kirche gilt Homosexualität als Sünde. Der oberste Mufti Russlands, Talagat Tadschuddin, drohte Lesben und Schwulen sogar öffentlich Prügel an, wenn die Love-Parade in Moskau stattfinden sollte. „Eine nicht-traditionelle sexuelle Orientierung ist ein Verbrechen vor Gott“, so der Mufti. Schon Prophet Mohammed habe befohlen, Homosexuelle zu

erschlagen. Obwohl die Demonstration von Moskaus Bürgermeister Juri Luschkow mit Rückendeckung durch die orthodoxe Kirche verboten wurde, demonstrierten trotzdem einige Dutzend Leute für ihre Rechte. Diese wurden massiv von Neonazis und Hooligans unter den Augen der Polizei angegriffen. Dabei erlitt der deutsche Grünen-Politiker Volker Beck, der mit seiner Anwesenheit Solidarität zum Ausdruck bringen wollte, Verletzungen am Kopf. Einen kleinen Vorgeschmack bekam die Gay-Szene Moskaus bereits Anfang Mai dieses Jahres zu spüren. Gut 100 Skinheads, Nationalisten und orthodoxe Christen protestierten mit dem Werfen von Eiern und Flaschen auf einen Gay-Club gegen seine Existenz. Beschaulicher dürfte es hingegen beim schwul-lesbischen Straßenfest in Magdeburg zugehen. Das findet am 19. August in der Zeit von 15.00–02.00 Uhr in der Liebigstraße statt. **|Matthias Gärtner**

Mehr Infos: www.csdmagdeburg.de
weitere CSD-Termine:

10. Juni 2006 CSD-Demo in Dresden
www.csdsachsen.de

16. Juli 2006 CSD-Umzug in Köln
www.csd-cologne.de

22. Juli 2006 CSD-Demo in Berlin
www.csd-berlin.de

Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

det war'n ja bewegte Wochen. Aber – ick bin wieder drin! Nu war ja die Wahl nich so berauschend, die Libaralen sind ja ziemlich uff die Strecke jeblieben. Und denn zerlegen die sich noch selbst, kannste verjessen! Nu müssen wir eben mit die Sozis, aber det is in Berlin ja ooch so. Die Verhandlungen mit denen war'n richtig lustig. Eijentlich wollt'n die nich groß watt – außer jenug Minister. Na ja, muss man denn halt so durchziehn, soll'n se ihre Posten doch haben. Aber det Sagen hab'n wir! Die soll'n bloß keen Zoff mach'n. Wie hat unser Fraktionschef grade jesagt? „Ein Koalitionsvertrag ist kein einklagbares Gesetz.“ Die Sozis soll'n mal schön friedlich bleiben, so mickrig, wie die durch die Wahl jekommen sind. Und ihr Shootingstar Bullajahn wird det alleene ooch nich reißen, und wenn se den zum Vizekaiser von die Sozis machen. Der Junge hat dafür zu sorjen, det wir hier im Land det ganze Sozijaedöns ordentlich zusammenstreichen können, da hat der jenug zu tun als Finanzminister! Streichkonzepte brauchen wir, keene Sozialsprüche und so'n Zeugs. Aber der wird det schon bringen, stellt sich ja ziemlich jelehrig an. Den Rest von denen kannste sowieso in die Pfeife stopfen. Von denen hörste und siehste kaum watt, und so ist det in Ordnung.

Wir sorjen schon dafür, det hier allet in Ruhe läuft, und so jehn wa da ooch ran. Die Linken, die wollten ja wirklich im Mai Landtachsitzung machen. Na, wo komm' wir denn hin? Wir müssen doch erst mal den ganzen Wahlstress abbauen, det dauert. Muss mich ja ooch ordentlich im Wahlkreis blicken lassen, hab' doch mein Direktmandat nich jeschenkt bekommen! Hab'n wir denn ooch kühl abjeschmettert, det mit der Sitzung. Juni reicht ooch. Und mal ganz unter uns Betschwestern jesprochen: Det ganze Gelabere im Landtach und ooch in die Ausschüsse, det hält doch eijentlich nur auf. Unser großer Chef, der Ministerpräsident, der weeiß, wo det lang jehen muss, da kommt die Richtung her. Sollt'n ooch die Sozis begreifen, die andern zähl'n sowieso nich.

Aber ick muss Dir schon sag'n, so richtig klar is uns allen nich, warum die Sozis schon vor die Wahl so knallhart auf uns jesetzt hab'n. Hätte ooch schief jehen können, wenn die Libaralen nich so abjeschmiert wär'n. Irgendwie müssen die Sozis ganz heftig watt jegen die Linken hab'n, sonst wär det so nich jekommen. Und ick meine ja nur mal, der Bullajahn, der hätte bestimmt ooch bei die Linken sein Finanzministerium bekommen. Unsere Leute hab' sich ja die Programme mal so durchjlesen, und da können die Sozis doch mit uns eijentlich nich so viel anfangen. Eijentlich wirklich mehr mit die Linken. Aber mir scheint, die Sozis sind ooch immer noch stinksauer uff die Linken, wejen dem ganzen Hartz-IV-Zeugs. War ja ooch derb, wat die Linken da veranstaltet hab'n. Wenn Du natürlich heute mal übalegst – det Hartz-IV-Zeugs scheint ja immer mehr so'n richtiger Schuss in den Ofen zu werden. Aber damit soll'n die Sozis erst mal selbst fertich werd'n.

Und vielleicht kam ja denn ooch noch der Befehl aus Berlin, dass die det hier jenauso mach'n soll'n. Is ja ooch egal, die Sache läuft hier ordentlich weiter, darauf kannst Du Dir verlass'n. Brauchst Dir den Koalitionsvertrach doch bloß mal durchles'n – den hätt'n wir alleene fast jenauso hinjekriegt. Aber dazu hatt'n wir nun leider doch so'n paar Stimmen zuwenig bei die Wahl. So wie jetzt is det aber ooch jut – da könn'n wir immer uff die Sozis zeig'n, wenn mal watt nich richtig läuft, die sitzen ja nun bei uns im Boot! Hat nich jereicht für die Kapitänsmütze, der Bullajahn soll ma noch die fünf Jährchen bei unserm Chef lernen, wie man's richtig macht, hähäh!

Eene Schote noch hier aus dem Haus. Die Linken haben det doch tatsächlich jeschafft, die Sozis aus ihren schönen Büros zu vertreiben. Die war'n vielleicht stinkig, weil se umziehn mussten. Aber schließlich hab'n die Sozis die Wahl verjeigt, da muss man denn ooch mal bluten. War wohl nich det letzte Mal!

Bis denn – Dein Kumpel Aldi

Termine

Bildungsverein Elbe-Saale

7.– 9. Juni 2006, ab 12.30 Uhr,
Konferenz „Revolutionen. Konzepte, Diskurse und Praxen revolutionären Handelns in unserer Zeit“ an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Info: OTTO-VON-GUERICKE-UNIVERSITÄT MAGDEBURG, Institut für Soziologie, Jun. Prof. Dr. R. Kollmorgen, Zschokkestraße 32, 39104 Magdeburg, Fon: 0391 67-16200

17. und 18. Juli 2006,
Projekttag zum Thema „Gewalt“
am Gymnasium Ascanium, Valentina-Tereschkowa-Str. 34, 06449 Aschersleben
Info: Michael Baumann, was bewegen e.V.
Fon: 03473 225443, 0151 17568890

31.08.2006, 16.30–18.00 Uhr
Diskussionsveranstaltung zum Antikriegstag „Bertha von Suttner: ‘Krieg ist ungeheuerlich’“ mit Prof. Heinrich Fink (Vors. BdA-IVVdN, Theologe, Berlin), Haus der Gewerkschaften, Otto-von-Guericke-Str. 6, 39104 Magdeburg

Kontakt und Informationen zu den Veranstaltungen:

Bildungsverein Elbe-Saale e.V.
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
Fon: 0391 7324980
bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

16. Juni 2006, 10.00 Uhr – **2. Lichtenburgkonferenz** in Prettin, Schloßstr. 1

24. Juni 2006, 10.00 Uhr – **Landesvorstandssitzung** in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3

11. Juli 2006, 18.30 Uhr – **Landesvorstandssitzung** in Halle, Blumenstr. 16

14.–16. Juli 2006 – Sachsen-Anhalt-Tag in Halle



Armut trotz Arbeit

Andrea, 54, lebt in Jena. Sie ist Kellnerin. Sie bekommt einen Stundenlohn von 5,20 Euro. Bei 40 Stunden pro Woche hat sie am Monatsende 830,- Euro brutto. Andrea lebt in Armut – trotz Arbeit.

200 Stunden für einen Hungerlohn

Jörn, 29, arbeitet bei einer Wachgesellschaft in Bottrop, 50 Stunden die Woche. Für einen Stundenlohn von 4,50 Euro. Das ergibt einen monatlichen Bruttolohn von 900,- Euro. Damit lässt sich nicht gut leben.

Anhaltendes Lohndumping

Karl, 42, ist Bäckereiverkäufer in München. Dafür bekommt er zurzeit 8,15 Euro pro Stunde. Ihm droht die Entlassung. Er soll durch zwei Mini-Jobber ersetzt werden, die jeweils nur 4,70 Euro pro Stunde erhalten. Kein sozial gerechter Mindestlohn, kein Schutz vor Lohndumping.

Andrea, Jörn und Karl sind keine Einzelfälle. In Deutschland leben 3,8 Millionen Menschen trotz Vollzeitarbeit in Armut. Sie müssen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen monatlichen Bruttolohns (1.470 Euro) über die Runden kommen. Besserung ist nicht in Sicht. Es ist Zeit zu handeln, denn Arbeit darf nicht arm machen!

DIE LINKE. im Bundestag fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde.

Mehr soziale Gerechtigkeit durch den gesetzlichen Mindestlohn

Ein gesetzlicher Mindestlohn definiert eine Untergrenze. Löhne, die darunter liegen, sind illegal. Er legt also fest, wie viel Geld für eine

Arbeitsstunde mindestens bezahlt werden muss. Von einem Mindestlohn profitieren diejenigen, die zurzeit noch für Hungerlöhne arbeiten müssen. Das sind bei uns fast 4 Millionen Menschen.

Mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde muss sein

Lohn zum Leben heißt mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger als 985 Euro im Monat bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden.

8 Euro brutto sind jedoch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn steigen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro pro Stunde

– **verhindert Armut trotz Arbeit.** Er garantiert ein Existenzsicherndes Auskommen und ein Leben in Würde.

– **stärkt die private Kaufkraft.** Wer mehr Geld bekommt, kann auch mehr Geld ausgeben. Das erhöht die Binnennachfrage und sorgt für Wachstum und neue Arbeitsplätze.

– **garantiert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.** Wer Hungerlöhne bekommt, geht kaum ins Kino, ins Theater oder zum Sport, ja kann sich oft nicht einmal das Busticket leisten. Ein gerechter Lohn sorgt dafür, dass viele Menschen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen können.

– **stützt Arbeitsplätze.** In Industrieländern mit Mindestlohn ist die Arbeitslosigkeit meist niedriger als in Deutschland. In Großbritannien ist sie seit Einführung des Mindestlohns sogar deutlich gesunken.

– **verhindert Lohndumping.** Mit dem Mindestlohn wird eine gesetzliche Untergrenze eingeführt. Unternehmen können nicht mehr ausländische und deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen.

Besser für alle: Mindestlohn ist Minimum!

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro hat also viele Vorteile für die meisten Menschen in Deutschland. Trotzdem wettern fast alle Parteien und die meisten Medien gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Zeit also, mit einigen Vorurteilen aufzuräumen.

Der Mindestlohn stärkt die Tarifautonomie

Er stellt eine Untergrenze dar, die nicht unterschritten werden darf. Wenn die Gewerkschaften Löhne vereinbaren, die über dem Mindestlohn liegen, so können diese zum branchenspezifischen Minimum erklärt werden.

Der Mindestlohn schützt kleine Unternehmen vor Lohnkonkurrenz

Vierorts wird er für Lohnsteigerungen sorgen. Bei Einführung des Mindestlohns sind Übergangsfristen geplant, damit auch kleine Unternehmen die Lohnsteigerung wirtschaftlich verkraften können. Ein Mindestlohn unterbindet zudem die Lohnkonkurrenz. Für alle Betriebe gelten dieselben Bedingungen. Außerdem stärkt der Mindestlohn strukturschwache Regionen, indem er die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen erhöht.

Der Mindestlohn verringert die Arbeitslosigkeit

Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Arbeitslosigkeit. In Deutschland ist die Arbeitslosenquote deutlich höher als in vielen europäischen Nachbarländern mit Mindestlohn. In vielen Ländern ist sie nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sogar gesunken.

Der Mindestlohn verhindert Arbeitsplatzverlagerungen

Zwei Drittel aller Armutslöhne werden in der Dienstleistungsbranche bezahlt. Dienstleistungen, wie etwa im Bäckereifachverkauf, im Wachdienst oder im Frisörhandwerk, sind ortsgebunden und können nicht ins Ausland verlagert werden.

www.8euro.de